

Rechercheliste zum Nachhaltigen Entwicklungsziel – SDG 10 Ungleichheit verringern

Infos und Input rund um SDG 10 Weniger Ungleichheiten – Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.

SDG 10 hat es in Zeiten der Corona-Pandemie und der wirtschaftlichen Folgen in sich: Auch unterschiedlichen Ebenen trifft die Krise die Ärmeren stärker als die Wohlhabenden.

Umso wichtiger ist es zu fragen, wie Individuen und Staaten nicht nur die Krise akut überstehen können, sondern wie langfristig die Ungleichheit in und zwischen Ländern verringert werden kann.

Auch das wieder sehr aktuelle Thema Migration spielt eine Rolle, besagt SDG 10 doch u.a. als Ziel „geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen (zu) erleichtern“.

SDG 10 im Detail

SDG Watch Austria ist sowas wie der SDG-Watchdog in Österreich, ein Zusammenschluss von mehr als [180 zivilgesellschaftlichen und gemeinnützigen Organisationen](#), die sich gemeinsam für eine ambitionierte Umsetzung der Agenda 2030 einsetzen. Die Plattform beschreibt das Ziel 10 im Detail im Sinne der Vereinten Nationen wie folgt:

10.1 Bis 2030 nach und nach ein über dem nationalen Durchschnitt liegendes Einkommenswachstum der ärmsten 40 Prozent der Bevölkerung erreichen und aufrechterhalten

10.2 Bis 2030 alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern

10.3 Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheit der Ergebnisse reduzieren, namentlich durch die Abschaffung diskriminierender Gesetze, Politiken und Praktiken und die Förderung geeigneter gesetzgeberischer, politischer und sonstiger Maßnahmen in dieser Hinsicht

10.4 Politische Maßnahmen beschließen, insbesondere fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz betreffende Maßnahmen, und schrittweise größere Gleichheit erzielen

10.5 Die Regulierung und Überwachung der globalen Finanzmärkte und -institutionen verbessern und die Anwendung der einschlägigen Vorschriften verstärken

10.6 Eine bessere Vertretung und verstärkte Mitsprache der Entwicklungsländer bei der Entscheidungsfindung in den globalen internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen sicherstellen, um die Wirksamkeit, Glaubwürdigkeit, Rechenschaftslegung und Legitimation dieser Institutionen zu erhöhen

10.7 Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik

10.a Den Grundsatz der besonderen und differenzierten Behandlung der Entwicklungsländer, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder, im Einklang mit den Übereinkünften der Welthandelsorganisation anwenden

10.b Öffentliche Entwicklungshilfe und Finanzströme einschließlich ausländischer Direktinvestitionen in die Staaten fördern, in denen der Bedarf am größten ist, insbesondere in die am wenigsten entwickelten Länder, die afrikanischen Länder, die kleinen Inselentwicklungsländer und die Binnenentwicklungsländer, im Einklang mit ihren jeweiligen nationalen Plänen und Programmen

10.c Bis 2030 die Transaktionskosten für Heimatüberweisungen von Migranten auf weniger als 3 Prozent senken und Überweisungskorridore mit Kosten von über 5 Prozent beseitigen

[Zum vollständigen Resolutionstext in deutscher Übertragung](#)

Aspekte & Fragestellungen rund um SDG 10:

- Wie kann angesichts von COVID-19 das Entwicklungsziel SDG 10 erreicht werden?
- Was bedeutet Solidarität, was stärkt bzw. was mindert in der Pandemie die Zusammenarbeit über Länder- und Kontinentalgrenzen hinweg?
- Wie kann Ungleichheit in der Gesundheitsversorgung – jetzt so zentral – möglichst rasch aber auch nachhaltig bekämpft werden?
- Wie kann eine geregelte, verantwortungsvolle Migrations- und Mobilitätspolitik aussehen?
- Wie können Frauen, in Europa und nicht zuletzt im

Globalen Süden, gestärkt werden?

- Das Problem mit den Daten – wie können verlässliche Daten für die Ungleichheitsforschung geschaffen werden?
- Stichwort Vermögen: Wie kann gegen die immer größere Schere zwischen Arm und Reich entgegengewirkt werden?

Fakten

Prekär beschäftigt: Laut Internationaler Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten 53 Prozent der LateinamerikanerInnen im informellen Sektor. In einigen Ländern Asiens und fast im gesamten Sub-Sahara-Afrika sind mehr als zwei Drittel der Bevölkerung im informellen Sektor tätig.

Die Schere klafft weiter auf: Einer neuen Studie des deutschen Versicherungskonzern Allianz zu Folge habe sich die Kluft zwischen reichen und armen Ländern wieder vergrößert – auch die Corona-Krise scheint dieser Entwicklung keinen Abbruch zu tun: Demnach besitzen aktuell die reichsten zehn Prozent – 52 Millionen Menschen in den 57 untersuchten Ländern – zusammen rund 84 Prozent des gesamten Vermögens. Und das eine Prozent der Superreichen darunter besitzt fast 44 Prozent der Gesamtsumme.

Ärmere werden ärmer: Nach Angaben der Bank Credit Suisse ist das gemeinsame Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung von rund 154 Milliarden US-Dollar 2017 auf 136,962 Milliarden US-Dollar 2018 zurückgegangen. Das sind über 17 Mrd. US-Dollar innerhalb eines Jahres, knapp 500 Millionen US-Dollar am Tag oder 11%.

Quelle: [Oxfam](#)

Gini-Koeffizient: Eine Möglichkeit, Ungleichheit zu dokumentieren, ist der sogenannte Gini-Koeffizient. Eine Herausforderung sind dabei die Daten der Länder, denn sie sind teils aus sehr unterschiedlichen Jahren. In jedem Fall deutlich wird die Differenz zwischen Globalen Norden und Süden. Viele afrikanische Staaten verzeichnen einen hohen Gini-Koeffizienten – also eine hohe Ungleichheit bezüglich Einkommen im Land – europäische Staaten schneiden hier gut ab. Vgl.

<https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/rankorder/2172rank.html>

Übrigens, **Reichtum ist ein Klimakiller:** Laut einem [Oxfam-Bericht](#) sind die reichsten zehn Prozent – im Jahresschnitt 630 Millionen Menschen – für über die Hälfte (52 Prozent) der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich, die in dem Vierteljahrhundert ausgestoßen wurden.

Das reichste eine Prozent alleine schädigte das Klima sogar doppelt so stark wie die ärmere Hälfte der Welt: Es verantwortete 15 Prozent der Gesamtemissionen, die ärmere Hälfte hingegen nur rund sieben Prozent.

Weiterführendes & Ansprechpersonen

[Warum wir einen Corona-Lastenausgleich der Reichsten brauchen.](#)

Ein Kommentar von David Walch, Attac Österreich

Generell muss man zwischen Ungleichheit zwischen Staaten und innerhalb von Ländern unterscheiden. Einen generellen **Überblick gibt die deutsche Bundeszentrale für politische Bildung.**

<https://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/teamglobal/67430/globale-ungleichheiten>

INEQ-Institut der WU Wien: Die Suche nach den Ursachen und Auswirkungen der steigenden Ungleichverteilung von Arbeits-, Einkommens-, Vermögens- und Lebenschancen hat sich in den vergangenen Jahren zu einem der bedeutendsten Forschungsgebiete der Sozialwissenschaften entwickelt. Das Forschungsinstitut des INEQ-Instituts hat das Ziel, gesellschaftliche Ungleichheit in ihren vielschichtigen Facetten zu analysieren – auf nationaler wie internationaler Ebene.

www.wu.ac.at/ineq

www.wu.ac.at/ineq/ineq/team

Thema Ungleichheit – das Problem mit den Daten:

<https://www.derstandard.at/story/2000119936834/die-ungleichheit-beim-einkommen-und-das-problem-mit-den-daten>

Als Fallbeispiel in Bezug auf afrikanische Länder:

<https://www.suedwind-magazin.at/das-dilemma-mit-dem-zahlenwerk>

Yannick Lefang ist Gründer der Datenfirma Kasi Insight, die zu dem Thema arbeitet:

<https://www.kasiinsight.com/about-us>

World Inequality Database

<https://wid.world>

Thomas Piketty, französischer Starökonom zum Thema Ungleichheit und Autor des Bestsellers „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, hat zusammen mit dem Wissenschaftler Lucas Chancel eine Datenbank zu globalen Ungleichheiten aufgesetzt.

2019 erschien im [Mandelbaumverlag](#) das **Buch „Globale Ungleichheit“** von Karin Fischer und Margarete Grandner (Hrsg.).

Das [Institut für Nachhaltiges Wirtschaften](https://nachhaltiges-wirtschaften.at/institut), das u.a. auf die SDGs fokussiert, setzt sich für **wirtschaftliche Kooperation** in Zeiten der Corona-Krise ein.

<https://nachhaltiges-wirtschaften.at/institut>

Geht es überhaupt nur durch **alternative Wirtschaftsansätze**? Dieser Frage stellt sich die Degrowth-Bewegung, die derzeit besonders in Wissenschaft & Forschung verortet ist:

<https://www.degrowth.info>

PA: Tag des Denkmals: Österreich unterstützt den Wiederaufbau nepalesischer Kulturstätten

8 Millionen Menschen – fast ein Drittel der Bevölkerung – waren von den verheerenden Erdbeben betroffen, die Nepal im Frühjahr 2015 erschütterten. Gemeinsam mit der Universität für angewandte Kunst Wien unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit den Wiederaufbau historischer Bauten in Patan – ein Beitrag für den Erhalt des UNESCO-Weltkulturerbes und für bessere Perspektiven in einem Land, das zu den ärmsten Staaten der Welt zählt.

Wien/Patan, 28.09.2020 – Jedes Jahr am 29. September öffnen österreichische Denkmäler, die regulär nicht öffentlich zugänglich sind, ihre Türen. Auch wenn sein Programm in Zeiten von Corona wohl etwas anders ausfallen wird als sonst,

verdeutlicht der Tag des Denkmals einmal mehr die identitätsstiftende Kraft von Kunst und Kultur – und das nicht nur in Österreich. Denn bei dem massiven Erdbeben, das Nepal am 25. April 2015 erschütterte, geriet auch diese Kraft ins Wanken. Große Teile des Kathmandu-Tals lagen in Schutt und Asche, mehr als 9.000 Menschen verloren ihr Leben, 22.000 Menschen wurden verletzt. Zweieinhalb Wochen später bebte die Erde erneut, was die Zahl der Verstorbenen nochmals in die Höhe trieb und die Zerstörung im Land verschlimmerte.

Besonders am Durbar-Platz in Patan, einem der drei sogenannten „Königsplätze“ im Kathmandu-Tal, und an seinen historischen Bauten, die seit 1979 Teil des UNESCO-Weltkulturerbes sind, wurde das Ausmaß der Katastrophe sichtbar: Tempel und Säulen waren eingestürzt oder stark beeinträchtigt, reich verzierte Dachaufbauten und Teile des Königspalastes schwer beschädigt. Neben unmittelbarer humanitärer Hilfe war Nepal auch beim Wiederaufbau der zerstörten Kulturstätten auf rasche Unterstützung angewiesen. Sie kam unter anderem über die Universität für angewandte Kunst Wien und die Austrian Development Agency (ADA).

Epizentren kultureller Identität

„Die Bewahrung und Restaurierung des nepalesischen Weltkulturerbes und der Wiederaufbau der Kulturstätten in Patan sind wichtig, da sie eng mit den Traditionen, der Lebensweise und kulturellen Identität Nepals verknüpft sind. Dass unser Institut seit 2010 einen Teil dazu beitragen und sich hier besonders nach den verheerenden Erdbeben 2015 verstärkt einbringen kann, ist für mich persönlich wie beruflich enorm bereichernd“, sagt Universitätsprofessorin Gabriela Krist, die das Institut für Konservierung und Restaurierung an der Universität für angewandte Kunst Wien und das Projekt in Nepal leitet.

Seit August 2015 wurden sieben Denkmäler und Bauwerke sowie zahlreiche Kunstwerke und Museumsexponate wie etwa der Königsthron im Museum von Patan restauriert. Ebenso konnten

die komplett eingestürzten Pagodentempel größtenteils wiederaufgebaut werden.

Mit- und voneinander lernen

Die Restaurierung lebendigen Kulturerbes erfordert besonderes Einfühlungsvermögen und Sensibilität für die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung. Restauratorinnen und Restauratoren aus Österreich arbeiten hier eng mit dem Kathmandu Valley Preservation Trust und lokalen Fachkräften zusammen. Nepalesische Handwerker, Architektinnen und Architekten, Studierende der Museologie, Museumspersonal sowie Lehrende und Studierende des Wiener Instituts lernen dabei gleichermaßen von- und miteinander.

Planmäßig sollen die Restaurierungsarbeiten und der Wiederaufbau bis Oktober 2021 abgeschlossen sein. Doch auch in Nepal hat die Corona-Pandemie vieles zum Erliegen gebracht.

Beitrag von Kunst und Kultur für nachhaltige Entwicklung

„Die Bewältigung einer Katastrophe von dem Ausmaß, wie wir es vor fünfeinhalb Jahren in Nepal erlebt haben, ist für jedes Land eine immense Herausforderung. Umso mehr ist sie das für ein Land, in dem mehr als jede Dritte und jeder Dritte pro Tag mit lediglich 3,20 US-Dollar auskommen muss. Ich bin daher besonders dankbar, dass wir mit diesem Projekt nicht nur einen Beitrag zur Wahrung der kulturellen Identität Nepals leisten, sondern dass damit auch bis zu 100 lokale Arbeitsplätze geschaffen werden“, betont ADA-Geschäftsführer Martin Ledolter.

Expertise und finanzielle Unterstützung aus Österreich

Die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit fördert die Restaurierungsarbeiten in Patan, der heute drittgrößten Stadt Nepals, mit 440.000 Euro. Weitere finanzielle Unterstützung kommt vom Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, dem Universitätsnetzwerk Eurasia-Pacific Uninet und der Universität für angewandte Kunst Wien.

Österreich verbindet eine lange Beziehung mit Nepal, wo wegen der COVID-19-Krise zuletzt rückläufige Armutszahlen ersten Prognosen zufolge wieder im Steigen begriffen sind. Mit dem Tag des Denkmals leistet Österreich jedes Jahr einen Beitrag zu den Europäischen Tagen des Kulturerbes, die das öffentliche Bewusstsein für Vielfalt schärfen und den Wert kulturellen Erbes vertiefen wollen.

[Fotos zum kostenlosen Download](#)

Austrian Development Agency

Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Länder in Afrika, Asien, Südost- und Osteuropa bei ihrer nachhaltigen Entwicklung. Gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen setzt die ADA derzeit Projekte und Programme mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro um.

Rückfragehinweis:

Austrian Development Agency,
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien
Mag. Katharina Schreiber
Tel.: +43 (0)1 90399 – 2414
katharina.schreiber@ada.gv.at
www.entwicklung.at

Presseinfo: „Reporter ohne

Grenzen Österreich“ vergibt Press Freedom Awards 2020

BIRN, das Balkan Investigative Reporting Network, und dessen Gründerin Gordana Igric sind PreisträgerInnen des von Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich ausgeschriebenen „Press Freedom Awards – A Signal for Europe“ für couragierten, investigativen Journalismus in Ost- und Südosteuropa. Der Haupt-Preis ist mit 4.000 Euro dotiert.

Die Auszeichnungen werden vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie im Rahmen einer **Online-Veranstaltung am Donnerstag, den 1. Oktober 2020, um 11 Uhr verliehen** (Infos zur Teilnahme, siehe unten).

Die PreisträgerInnen werden zugeschaltet sein. Musikalisch stimmungsvoll untermalt wird die Verleihung durch MusikerInnen, die zwei Werke der österreichischen Komponistin Gabriele Proy zur Aufführung bringen: „Thorium“ und „Uchisar“.

„Wir fühlen uns sehr geehrt“, so Marija Ristic, die Leiterin des Netzwerkes BIRN, über den Preis. „Es ist gerade eine kritische Zeit in unserer Region, in der Medien häufig durch politische oder wirtschaftliche Einflüsse behindert werden. Der Preis ist eine Ermutigung und gibt uns mehr Motivation, unsere kompromisslose Berichterstattung fortzusetzen, trotz ständiger Angriffe auf unsere JournalistInnen und trotz des Drucks, der nicht nur auf BIRN, sondern viele andere unabhängige Einrichtungen ausgeübt wird.“

Ristics Vorgängerin, die Journalistin Gordana Igric, gründete 2004 das journalistische Netzwerk BIRN mit Sitz in Sarajewo

und leitete dieses bis Mai 2018. „Sie hat damit eine enorme und schier unglaubliche Pionierarbeit geleistet“, so Rubina Möhring, die Präsidentin von „Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich“ und Moderatorin der Online-Veranstaltung. „Das Ergebnis ist eine Meisterleistung. Inzwischen hat dieses von ihr aufgebaute, panbalkanische journalistische Netzwerk Büros in Albanien, Bosnien & Herzegowina, im Kosovo, in Nord-Mazedonien, Rumänien und Serbien. Die Veröffentlichungen der BIRN-Berichte erreichen zudem auch Medien in der Ukraine, in Bulgarien, Griechenland und Kroatien, in Moldawien und Montenegro, in Polen und Slowenien sowie in Tschechien“, sagt Möhring.

„BIRN tritt ein für Menschenrechte, Demokratie und Gerechtigkeit für die Opfer von Kriegsverbrechen in der Balkanregion. Das ist demokratiepolitischer Journalismus im besten Sinne des Wortes“, erläutert Wolfgang Petritsch, Außenpolitik-Experte mit dem Schwerpunkt Süd-Ost-Europa; er fungiert als Laudator bei der Verleihung. Die Vergabe des „Press Freedom Awards – A Signal for Europe“ an BIRN wurde auch von der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) sehr gelobt.

Anmeldung für die Teilnahme an der Online-Verleihung per Mail bis Mittwoch, den 30.09., um 12 Uhr an info@rog.at

Rückfragen:

Reporter ohne Grenzen (RSF) Österreich

info@rog.at

+43 664 254 68 47

www.rog.at

[@pressefreiheit](https://twitter.com/pressefreiheit)

PA: Große Bedrohungen für die Gesundheit von Frauen und Kindern durch Konflikte, Klimakrise und COVID-19

Errungenschaften zur Förderung der Gesundheit von Frauen und Kindern sind laut einem neuen Bericht von *Every Woman Every Child* durch Konflikte, die Klimakrise und COVID-19 bedroht.

New York City/Wien am 25. September 2020 – Protect the Progress: Rise, Refocus, Recover, 2020 (übersetzt: Den Fortschritt schützen: Aufstieg, Neuausrichtung, Erholung, 2020) unterstreicht, dass seit der Gründung der Bewegung „Every Woman Every Child“ vor 10 Jahren unter der Führung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen bemerkenswerte Fortschritte bei der Verbesserung der Gesundheit von Frauen, Kindern und Jugendlichen weltweit erzielt wurden. So erreichte beispielsweise die Zahl der Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren im Jahr 2019 einen historischen Tiefstand und mehr als eine Milliarde Kinder wurden im letzten Jahrzehnt geimpft. Die Durchimpfungsrate, qualifizierte Geburtshelfer*innen und der Zugang zu sauberem Trinkwasser erreichten über 80 Prozent. Die Müttersterblichkeit ist seit dem Jahr 2000 um 35 Prozent zurückgegangen, wobei der stärkste Rückgang ab 2010 verzeichnet wurde. Schätzungsweise 25 Millionen Kinderehen wurden in den letzten zehn Jahren ebenfalls verhindert.

Konflikte, der [Klimawandel](#) und die [COVID-19-Pandemie](#) gefährden

jedoch die Gesundheit und das Wohlergehen aller Kinder und Jugendlichen. Insbesondere die COVID-19-Krise verschärft die bestehenden Ungerechtigkeiten. Die ohnehin am stärksten gefährdeten Frauen und Kinder werden durch die Unterbrechungen bei wesentlichen Gesundheitsleistungen unverhältnismäßig stark getroffen. Auf dem Höhepunkt der Pandemie-Lockdowns wurden in 192 Ländern Schulen geschlossen. 1,6 Milliarden Schüler*innen waren betroffen. Häusliche Gewalt und Missbrauch gegenüber Mädchen und Frauen nahmen zu. Auch Armut und Hunger sind angestiegen.

„Bereits vor der COVID-19-Pandemie starb irgendwo auf der Welt alle sechs Sekunden ein Kind unter fünf Jahren,“ sagt Henrietta Fore, UNICEF-Exekutivdirektorin. „Mit dem Ausbruch der Pandemie sind Millionen Kinder, die in Konfliktgebieten und instabilen Verhältnissen leben, mit noch größerem Leid konfrontiert. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, die durch die Pandemie verursachten unmittelbaren Bedürfnisse zu befriedigen und gleichzeitig die Gesundheitssysteme zu stärken. Nur dann können wir Leben schützen und retten.“

Im Jahr 2019 starben 5,2 Millionen Kinder unter fünf Jahren und eine Million Jugendliche an vermeidbaren Ursachen. Alle 13 Sekunden starb ein Neugeborenes. Jede Stunde überlebten 33 Frauen die Entbindung nicht und 33.000 Mädchen wurden täglich zur Heirat gezwungen, in der Regel mit viel älteren Männern.

Der Bericht untersucht die tief verwurzelten Ungerechtigkeiten, die Frauen, Kinder und Jugendliche nach wie vor ihrer Rechte berauben. Der Bericht stellt fest, dass der Geburtsort eine wichtige Determinante des Überlebens darstellt. Im Jahr 2019 konzentrierten sich 82 Prozent der Todesfälle unter fünf Jahren und 86 Prozent der Müttersterblichkeit auf Subsahara-Afrika und Südasien. Neun

von zehn HIV-Infektionen bei Kindern traten in Afrika südlich der Sahara auf. Die Mütter-, Neugeborenen-, Kinder- und Jugendsterblichkeit war in Ländern, die chronisch von Konflikten betroffen sind, wesentlich höher.

Der Bericht ruft die globale Gemeinschaft dazu auf, COVID-19 zu bekämpfen und gleichzeitig Verpflichtungen einzuhalten und zu respektieren, die das Leben von Frauen und Kindern verbessern können und nicht die Kluft zwischen Versprechen und Realität zu vergrößern.

Das vergangene Jahrzehnt des Fortschritts zur Förderung der Gesundheit von Frauen, Kindern und Jugendlichen müsse vor den Auswirkungen der Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen geschützt werden, heißt es in dem Bericht.

Globale und länderspezifische Investitionen in lokale Gesundheitssysteme sind dringend erforderlich, um die Maßnahmen zu steuern und Fortschritte zu schützen.

Ohne verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung vermeidbarer Kindersterblichkeit könnten zwischen 2020 und 2030 48 Millionen Kinder unter fünf Jahren sterben. Fast die Hälfte dieser Todesfälle werden Neugeborene sein.

Der Bericht plädiert dafür, dass die Länder in allen Krisen weiterhin in die Gesundheit aller Frauen, Kinder und Jugendlichen investieren.

„Wenn wir auf COVID-19 reagieren und uns erneut eine bessere Zukunft mit anhaltendem Frieden, auch zu Hause, vorstellen,

müssen wir unmissverständlich wiederholen, dass die Rechte von Frauen und Mädchen nicht verhandelbar sind. Selbst in Krisenzeiten – insbesondere in Krisenzeiten – müssen ihre Gesundheit und ihre Rechte um jeden Preis geschützt werden,“ sagt Natalia Kanem, Exekutivdirektorin des UNFPA.

Der Bericht argumentiert, dass die Bewegung „Every Woman Every Child“ kritischer denn je ist, da wir mitten in die schlimmste globale Gesundheitskrise einer Generation in der SDG-Aktionsdekade schlittern. Weiterhin muss Multilateralismus, Mobilisierung von Aktionen in allen Sektoren zur Sicherung der enormen Investitionen und Errungenschaften forciert werden, die durch die Verpflichtungen seit ihrer Gründung vor 10 Jahren erzielt werden konnten, mit dem Ziel, die Gesundheit und das Wohlergehen aller Frauen, Kinder und Jugendlichen weltweit zu schützen.

„Es besteht kein Zweifel, dass die Pandemie die weltweiten Bemühungen um die Verbesserung der Gesundheit und des Wohlergehens von Frauen und Kindern zurückgeworfen hat, aber das sollte uns nur in unserer Entschlossenheit bestärken,“ sagt der WHO-Generaldirektor Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus. „Unser gemeinsames Handeln im Rahmen der Bewegung „Every Woman Every Child“ ist wichtiger denn je. Wir müssen jetzt unser Engagement für eine gesündere, sicherere, gerechtere und nachhaltigere Welt für Frauen, Kinder und künftige Generationen erneuern.“

[Der Report zusammengefasst steht in Englisch hier zur Verfügung.](#)

[Videos und Fotos](#) stehen Redaktionen im Rahmen der Berichterstattung zum kostenfreien Download zur Verfügung.

Protect the Progress: Rise, Refocus, Recover, 2020 online unter:

<https://data.unicef.org/resources/protect-the-progress-rise-re>

[focus-recover-ewec-2020](#).

Die Ergebnisse und die Diskussion des Berichts werden am 25. September bei einem Briefing der Vereinten Nationen vorgestellt. [Ein Live-Stream und eine Aufzeichnung des Briefings können hier angesehen werden.](#)

Über UNICEF

UNICEF, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, setzt sich in mehr als 190 Ländern und Territorien für jedes Kind weltweit ein. Wir arbeiten effizient, transparent und nachhaltig, für das Überleben und Wohlergehen jedes Kindes – ohne Wenn und Aber. UNICEF finanziert sich ausschließlich durch freiwillige Beiträge und wird in Österreich durch das Österreichische Komitee für UNICEF vertreten. Seit 1962 setzt sich UNICEF Österreich für Kinder ein – im Ausland wie im Inland. Um unsere Arbeit fortsetzen zu können, benötigen wir dringend Ihre Unterstützung.

Rückfragen und Kontakt: UNICEF Österreich, Mag. Lisa Haber, MA., +43 1 879 21 91-45, haber@unicef.at

UNICEF Österreich/UNICEF Austria | Für jedes Kind.

Mariahilfer Straße 176/10

A-1150 Wien/Vienna

T +43 1 879 21 91 – 45

F +43 1 879 21 91 – 9

PA: Fünf Jahre SDG – Nachhaltigkeit braucht fairen Handel

Am 25. September jährt sich die Verabschiedung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, die Sustainable Development Goals (SDG), zum fünften Mal. Am gleichen Tag rufen Organisationen weltweit zum globalen Klimastreik auf. Sowohl Klimaschutz, als auch der faire Handel spielen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung der SDG, so FAIRTRADE. Ohne eine strenge Klimapolitik und die Unterstützung des fairen Handels drohe auch Österreich seine Nachhaltigkeitsziele zu verfehlen.

Gemeinsam mit dem Pariser Klimaabkommen bieten die 2015 verabschiedeten UN-Nachhaltigkeitsziele eine einmalige Chance, die Weltwirtschaft neu zu gestalten und nachhaltige Lebens- sowie Wirtschaftsweisen zu etablieren. Die aktuelle Klimakrise, genauso wie die steigende Zahl der Hungernden weltweit, zeigen allerdings, dass ambitionierte Ziele allein nicht ausreichen. FAIRTRADE unterstützt daher die konkrete Umsetzung: Angemessene Löhne und Einkommen schaffen, Frauenrechte stärken, die Umwelt schützen – all das sind Schwerpunkte von FAIRTRADE, die sich auch in den UN-Nachhaltigkeitszielen widerspiegeln. Vor allem bei der Umsetzung von SDG 12, nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion, spielt FAIRTRADE eine wichtige Rolle. Aber auch der Schutz des Klimas, SDG 13, ist ohne Handelsgerechtigkeit nicht denkbar.

„Die Klimakrise betrifft genau jene am stärksten, die ohnehin am wenigsten von den globalen Lieferketten profitieren – die

Kleinbauernfamilien und Beschäftigten in den Ländern des Globalen Südens“, warnt Hartwig Kirner, Geschäftsführer von FAIRTRADE Österreich. *„Die Klimakrise mit steigenden Wetterextremen und sich verändernden Erntezyklen bedrohen schon heute die Einkommensgrundlage vieler Menschen. Niedrige Weltmarktpreise wie zum Beispiel bei Kaffee verschärfen die Situation zusätzlich. Darüber hinaus haben wir alle die Corona-Pandemie noch nicht überstanden. In Ländern mit schlechtem Gesundheits- und Sozialsystem sind auch hier die Folgen besonders stark. Daher müssen wir jetzt handeln und dürfen nicht auf bessere Zeiten warten“*, so Kirner weiter. Ohne rigorose Anpassungsmaßnahmen könnte die Klimakrise bis 2030 voraussichtlich mehr als 100 Millionen Menschen im Globalen Süden unter die Armutsgrenze drängen.

Dass ein nachhaltiges Wirtschaftssystem ohne Ausbeutung möglich ist, zeigt FAIRTRADE in Österreich seit mehr als 25 Jahren. Um den Kreislauf globaler Ausbeutung nachhaltig zu durchbrechen, braucht es jedoch zusätzliche politische Maßnahmen. Ein starkes Lieferkettengesetz würde gleiche Bedingungen für alle Unternehmen schaffen und dafür sorgen, dass Konsum künftig weder auf Kosten von Produzentenorganisationen, noch auf Kosten engagierter Unternehmen geht. Auch strenge Umweltstandards könnten mithilfe eines solchen Gesetzes eingefordert werden. Eine weitere Maßnahme wären steuerliche Anreize für faire Produkte. Eine Steuerbefreiung würde preisliche Anreize für nachhaltigen Konsum (SDG 12) schaffen.

Das Wetter wird global immer unberechenbarer. Besonders Kleinbauernfamilien in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas treffen Klimaschwankungen und damit einhergehende Ernteeinbußen besonders hart. Schnelles Gegensteuern ist notwendig, denn gegen den Klimawandel gibt es keine Impfung. Wir unterstützen daher den weltweiten

Klimaprotest, und rufen am 25.9. zum Mitmachen auf. Alle Infos dazu gibt es [hier](#).

Fotos zum Download sind [hier](#) verfügbar.

Für Rückfragen oder Fotowünsche:

Bernhard Moser

Gesamtkoordination

Presseanfragen, Themen & Inhalte

FAIRTRADE Österreich

Ungargasse 64-66, Stiege 1, Top 209 I A – 1030 Wien

I www.fairtrade.at

Tel.: +431 533 09 56 29 I Mobil: +43 664 526 74 65 I

mailto: bernhard.moser@fairtrade.at

**Einladung: Amnesty
International Pressekonferenz
vor dem weltweiten
Klimastreik**

Amnesty International Österreich ruft gemeinsam mit mehr als 80 Organisationen zum Klimastreik in Wien auf und lädt vorab gemeinsam mit Fridays For Future und weiteren Organisationen zur Pressekonferenz.

Wann: 22. September, 10:00 – 11:00 Uhr

Wo: Rathausplatz; bei Schlechtwetter im Weltmuseum *cook Café & Bistro*, Heldenplatz

Am Podium

- Günter Blumthaler, Vorsitzender der Eisenbahner*innen, Gewerkschaft vida
- Hans-Peter Hutter, Umweltmediziner & Doctors For Future-Begründer
- Annemarie Schlack, Geschäftsführerin von Amnesty International Österreich
- Johannes Wahlmüller, Klima- und Energiesprecher bei Global 2000
- Viviane Wörter, Fridays For Future Wien, Schülerin

Ein Jahr nach dem bisher größten globalen Klimastreik ruft die weltweite Klimabewegung für den 25. September erneut zu Massendemonstrationen gegen die politische Untätigkeit und für eine verantwortungsvolle und engagierte Klimapolitik auf.

Insgesamt unterstützen mehr als 80 Organisationen den Klimastreik in Wien, darunter Wissenschaftler*innen, die Eisenbahner*innen der Fachgewerkschaft vida bis hin zu Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International. Details zum Ablauf, Hintergründe und konkrete Forderungen werden bei der Pressekonferenz präsentiert. Ebenso wird auf die während der Demonstration gültigen Corona-Maßnahmen hingewiesen.

Die Klimakrise ist eine der größten menschenrechtlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie hat bereits jetzt verheerende Auswirkungen auf das Leben und die Rechte der Menschen. Amnesty International fordert von der österreichischen Bundesregierung sowie von den EU-Mitgliedstaaten, dass sie ihrer Verantwortung nachkommen und unsere Menschenrechte schützen.

Anmeldung zur Pressekonferenz bitte per E-Mail oder telefonisch

Presseteam Amnesty International Österreich
Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien
Martina Powell / Gesine Schmidt-Schmiedbauer
+43 664 2359138 / +43 664 4001056
E-Mail: presse@amnesty.at

PA: Hilfsorganisationen begrüßen Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds

Das Budget 2021 bietet laut AG Globale Verantwortung auch Chance, Länder des Globalen Südens langfristig zu stabilisieren.

Wien. 15.9.2020.- Die von der Bundesregierung angekündigte Verdoppelung des Auslandskatastrophenfonds auf 50 Millionen Euro jährlich wäre laut ExpertInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen ein richtungsweisender Schritt, um die gravierendsten Auswirkungen der COVID-19 Pandemie in Ländern des Globalen Südens zu minimieren. Mit dem Budget 2021 hat die österreichische Bundesregierung mit einem internationalen COVID-19 Rettungspaket aber auch die Möglichkeit, Länder des Globalen Südens langfristig zu stabilisieren und Chancen zu eröffnen.

Annelies Vilim, Geschäftsführerin der AG Globale Verantwortung:

„Auf die Wunde zu drücken und die Blutung zu stoppen ist die logische erste Maßnahme. Mit der angekündigten Erhöhung des Auslandskatastrophenfonds (AKF) können Symptome vieler Krisen gemildert werden. Das ist für viele Menschen im wahrsten Sinne des Wortes überlebensnotwendig. Neben der unmittelbaren Unterstützung in Krisensituationen geht es auch darum, die Ursachen mancher Krisen wie Armut oder unzureichende Bildung langfristig zu minimieren sowie politische, soziale und wirtschaftliche Stabilität zu sichern. Das Budget 2021 bietet die Möglichkeit dazu: Mit einer schrittweisen Erhöhung der langfristigen Entwicklungshilfe, wie im Regierungsprogramm vorgesehen. Dann können wir in Zukunft vermehrt vom Chancenkontinent Afrika und nicht mehr vom Krisenkontinent Afrika sprechen.“

Andrea Barschdorf-Hager, Geschäftsführerin CARE Österreich:

„COVID-19 ist ein Armutsbeschleuniger: In den palästinensischen Gebieten hat jede zweite Frau ihr gesamtes Einkommen verloren. In Ostafrika müssen dreiviertel der Frauen in der Schattenwirtschaft arbeiten. Sie und ihre Familien spüren die Verluste schon jetzt besonders hart. COVID-19 trifft Frauen und Mädchen in den Ländern des Globalen Südens auf wirtschaftlicher Ebene stark. Auch wenn es ihnen zuletzt stärker gelungen ist, sich aus informellen Arbeitsverhältnissen zu befreien: Die Folgen von COVID-19 drohen diese anfänglichen Erfolge wieder zunichte zu machen. COVID-19 stoppt einen wichtigen wirtschaftlichen Entwicklungsschritt für Frauen und Mädchen in armutsbetroffenen Regionen weltweit.“

Andreas Knapp, Generalsekretär Internationale Programme Caritas Österreich:

Multiple Krisen, wie die Folgen des Klimawandels, Dürren,

Heuschreckenplagen und Pandemien verschärfen die Armut und den Hunger weltweit. Gerade in der Corona-Pandemie haben wir gesehen, dass genau jene Familien, die wir als Caritas seit Jahren bei der Verbesserung ihrer Landwirtschaft unterstützen, besser durch die Lockdown-Situation gekommen sind und resilienter gegen unvorhersehbare Krisen von außen sind. Die Erhöhung des AKF ist ein wichtiger und erfreulicher erster Schritt zur akuten Armuts- und Hungerbekämpfung. Was es aber auch dringend braucht sind langfristige Lösungen. Entwicklungshilfe zur Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft und zur Bekämpfung der Auswirkungen der Klimakrise auf die Menschen in den Ländern des Globalen Südens.

Elisabeth Hauser, Geschäftsführerin SOS Kinderdorf Österreich:

„Während in Österreich die Schulen wieder für alle Kinder gestartet sind, bleiben in vielen Ländern Afrikas die Schulen weiterhin geschlossen. Kinder und Jugendliche, die keinen Zugang zu Computern und dem Internet haben und darüber hinaus ihren Eltern beim Broterwerb helfen müssen, können auch am Heimunterricht nicht teilnehmen. Sehr viele dieser Kinder werden ihre Bildungskarrieren für immer abbrechen. Hier gilt es, mit innovativen Lösungen gegenzusteuern.“

Sabine Prenn, Geschäftsführerin Licht für die Welt Österreich:

„Menschen mit Behinderungen sind die vergessenen Opfer dieser Pandemie. Deshalb brauchen gerade sie mehr Unterstützung von uns. Ich appelliere an die österreichische Bundesregierung in allen Programmen der Humanitären Hilfe gegenwärtig und zukünftig deren Rechte und Interessen auf allen Ebenen mitzudenken und einzuplanen, um die Folgen der Pandemie bestmöglich für die verwundbarsten Menschen in den ärmsten Ländern zu mildern.“

**Walter Hajek, Leiter Internationale Zusammenarbeit
Österreichisches Rotes Kreuz:**

„Alle Herausforderungen, die Corona für uns in Österreich schafft, dürfen nicht dazu führen, dass wir die globale Dimension aus den Augen verlieren. Corona besiegen wir weltweit oder gar nicht. Sämtliche Schritte und Pläne finanzielle Mittel für Covid19-Hilfen und für Humanitäre Hilfe generell zu erhöhen, geben große Hoffnung.“

Rückfragen & Kontakt:

AG Globale Verantwortung

Wolfgang Marks

Öffentlichkeitsarbeit

+43 1 522 44 22 – 15, +43 699 17 20 42 07

wolfgang.marks@globaleverantwortung.at

www.globaleverantwortung.at

PA: Papstbesuch: Traiskirchen, Strass und Südwind betonen menschliche Migrationspolitik

Andreas Babler, Bürgermeister von Traiskirchen; Johann Lappi, Vizebürgermeister von Strass in Steiermark mit Stefan Grasgruber-Kerl von Südwind im Rahmen der

Grenzgemeindeninitiative "Seitenblicke von den Grenzen" bei Privataudienz des heiligen Vaters.

Vatikan/Rom/Strass/Traiskirchen, 11.9.2020: Gestern Donnerstag empfing der Heilige Vater Papst Franziskus in der Sala Clementina des Vatikanischen Apostolischen Palastes den Bürgermeister von Lampedusa Salvatore Martello, gemeinsam mit einer Delegation von Bürgermeistern aus europäischen Grenzgemeinden. Aus Österreich waren Andreas Babler, Bürgermeister von Traiskirchen, Johann Lappi, Vizebürgermeister von Strass in Steiermark und Stefan Grasgruber-Kerl, Mitarbeiter der Menschenrechtsorganisation Südwind dabei. Der Besuch fand im Rahmen des EU-Projekts "Seitenblicke von den Grenzen" statt, in dem sich 36 Grenzgemeinden und Organisationen gemeinsam für eine solidarische und menschenrechtskonforme Migrationspolitik einsetzen.

"Papst Franziskus erinnerte uns an die Wichtigkeit, menschlich und solidarisch zu bleiben. Das ist auch der Geist, der uns Bürgermeister der Grenzen zusammengebracht hat," beschreibt Salvatore Martello seine Eindrücke von der Papstaudienz. In seiner Rede an Papst Franziskus adressierte Martello auch die aktuelle Lage bezüglich Migrationsbewegungen und über das Comittment der Grenzgemeinden als Erstanlaufstellen für die Aufnahme von MigrantInnen.

"Der Papst hat sich für unser Engagement bedankt und uns in unserem Einsatz für eine menschliche und solidarische Migrationspolitik, bestärkt", so Traiskirchens Bürgermeister Andreas Babler zur Audienz beim Papst.

"Der Papstbesuch war wichtig, weil wir damit die moralische

und menschliche Führungsperson der katholischen Kirche mit einbezogen haben. Es wurde Zusammenhalt gezeigt! Nun heißt es aktiv zu sein um das Projekt weiter voranzutreiben. Einigkeit und vehementes Auftreten, mit der Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist von Nöten“, fügt Johann Lappi, Vizebürgermeister der Grenzgemeinde Straß in Steiermark, hinzu.

“Gerade die aktuelle Tragödie in Moria zeigt wie wichtig eine solidarische und menschliche Migrationspolitik ist, die sowohl die Einhaltung der Menschenrechte sicherstellt als auch die Herausforderungen der Grenzgemeinden bedenkt. Wir sind dem Heiligen Vater sehr dankbar für seinen Segen und seine Unterstützung“, so Stefan Grasgruber-Kerl von Südwind nach der bewegenden Audienz.

Am Ende des Treffens übergab Bürgermeister Martello an Papst Franziskus ein Heiliges Kreuz hergestellt von einem Handwerker aus Lampedusa aus Holz von einem Flüchtlingsboot und ein T-Shirt mit der Aufschrift “Ich bin Fischer” ein Slogan der von Martello gestartet wurde um daran zu erinnern, dass es für Seeleute keine Grenzen gibt und wer in Not ist dem muss geholfen werden.

Auszüge der offiziellen Rede des Papstes zum Besuch (Bei den Zitaten handelt es sich um vom Vatikan unautorisierte Übersetzungen, die gesamte Rede auf Italienisch finden Sie hier): http://www.vatican.va/content/francesco/it/events/event_dir.html/content/vaticanevents/it/2020/9/10/snapshots-fromtheborders.html

“Ihr Projekt ist ein weitsichtiges Projekt. Es zielt darauf ab, ein tieferes Verständnis der Migration zu fördern und die

europäische Gemeinschaft in die Lage zu versetzen, eine menschlichere und gemeinsame Antwort auf die gegenwärtigen Herausforderungen zu geben. Das aus diesem Projekt hervorgegangene Netzwerk lokaler Behörden und zivilgesellschaftlicher Organisationen, das einen positiven Beitrag zur Entwicklung einer Migrationspolitik leisten soll, wird diesem Ziel gerecht.“

“Angesichts dieser Herausforderungen, ist es klar, dass konkrete Solidarität und geteilte Verantwortung auf nationaler als auch auf internationaler Ebene unverzichtbar sind.“

“Grenzen, die seit jeher als Barrieren der Trennung betrachtet wurden, können stattdessen zu Räumen des gegenseitigen Kennenlernens, der gegenseitigen Bereicherung, werden. Sie können zu Orten werden, an denen Modelle erprobt werden, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die Neuankömmlinge für die Mehrheitsgesellschaft mit sich bringen.“

Mehr Informationen:

- Fotos vom Papstbesuch: www.suedwind.at/pressefotos
- Rede des Papstes: <http://www.vatican.va/content/francesco/it/events/event.dir.html/content/vaticanevents/it/2020/9/10/snapsshots-fromtheborders.html>
- Petition für menschenrechtskonforme und solidarische Migrationspolitik: <https://www.suedwind.at/handeln/petitionen/3-oktober/>
- Mehr über das Projekt: <https://www.suedwind.at/themen/migration-und-menschenrechte/seitenblicke-von-den-grenzen/>

Rückfragehinweise:

Theresa Gral, Südwind Pressesprecherin, Tel.: +43 650 375 1987, E-Mail: theresa.gral@suedwind.at

Mag.a Irene Kari, Stadtgemeinde Traiskirchen, Tel. +43 (0) 50355 – 309, E-Mail: irene.kari@traiskirchen.gv.at

Josef Rauscher, Strass in Steiermark, Tel.:+43 3453 2509201 E-Mail: rj@strass-steiermark.gv.at

Diese Aussendung wird im Rahmen des Projekts „Seitenblicke von den Grenzen“ mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit durchgeführt. Das Projekt bringt unter der Schirmherrschaft der Gemeinde Lampedusa und Linosa 36 Partner (19 Gemeinden, Inseln und Regionen an den Grenzen der EU und 17 Organisationen aus 13 europäischen Ländern) zusammen, um sich gemeinsam für eine menschenrechtskonforme und solidarische Migrationspolitik einzusetzen. Die in der Presseaussendung vertretenen Standpunkte geben die Ansicht von Südwind und den Partnergemeinden wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Fördergeber dar.

Südwind setzt sich als entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation seit 40 Jahren für eine nachhaltige globale Entwicklung, Menschenrechte und faire Arbeitsbedingungen weltweit ein. Durch schulische und außerschulische Bildungsarbeit, die Herausgabe des Südwind-Magazins und anderer Publikationen thematisiert Südwind in Österreich globale Zusammenhänge und ihre Auswirkungen. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen, Kampagnen- und Informationsarbeit, engagiert sich Südwind für eine gerechtere Welt. www.suedwind.at

Wenn Sie keine Presseaussendungen mehr von Südwind erhalten möchten, senden Sie bitte eine kurze E-Mail

an: presse@suedwind.at

PA: Ernährungssystem braucht eine grundlegende Transformation

Vom 7.9. – 11.9.2020 findet die erste Verhandlungsrunde über die finalen Leitlinien für Nahrungssysteme und Ernährung des UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) statt. Die Ergebnisse werden einen entscheidenden Einfluss darauf haben, ob es gelingt, die steigenden Raten von Hunger und Unterernährung umzukehren und künftige Pandemien zu verhindern, berichtet FIAN Österreich.

„Weite Teile der Bevölkerung in allen Regionen der Welt rutschen aktuell noch tiefer in die Ernährungsunsicherheit ab. Die marginalisiertesten und verwundbarsten Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, sind am härtesten betroffen. Die Pandemie offenbart die Folgen einer Politik, die seit Jahrzehnten Sozial- und Arbeitsrechte beschneidet“, so Lukas Schmidt, Geschäftsleiter der Menschenrechtsorganisation FIAN Österreich.

COVID-19 offenbart Schwächen des industriellen Lebensmittelsystems

COVID-19 ist aber auch ein Symptom eines umfassenderen

Problems: Das industrielle Nahrungsmittelsystem zerstört die Umwelt und schafft die Voraussetzungen für die Ausbreitung von Zoonosen. Gleichzeitig werden ultra-verarbeitete Lebensmittel produziert, die die Gesundheit der Menschen einem höheren Risiko für Fettleibigkeit und Diabetes aussetzen. Diese Krankheiten machen wiederum anfälliger für COVID-19.

Vor diesem Hintergrund verhandelt der UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit (CFS) darüber, wie die Ernährungssysteme gerechter und nachhaltiger gestaltet werden können. Es handelt sich um die erste zwischenstaatliche Verhandlung, die sich der Frage widmet, wie die wichtigsten Politikbereiche, die die Ernährungssysteme gestalten, neu ausgerichtet werden können.

Was steht im Mittelpunkt der Transformation?

Angesichts des steigenden Einflusses von Konzernen im Ernährungssystem, braucht es strenge Schutzmaßnahmen, um Interessenkonflikte zu verhindern: Die Steuerung von Ernährungssystemen sollte ausschließlich dem öffentlichen Interesse dienen. Aufbauend auf den Forderungen der Kleinbäuer*innen ist es entscheidend, dass die Agrarökologie zum Eckpfeiler dieser Transformation gemacht wird. Die Agrarökologie zeichnet sich durch ihren Nutzen für die Gesundheit des Menschen und des Planeten durch die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel aus. Sie dient dem Erhalt der biologischen Vielfalt sowie der Weiterentwicklung traditionellen Wissens.

Menschenrechte ins Ernährungssystem!

„Das Recht auf angemessene Nahrung und Ernährung und andere damit verbundene Rechte – einschließlich der Rechte von Frauen, indigenen Völkern, Arbeiter*innen, Bäuer*innen und anderen Menschen, die in ländlichen Gebieten arbeiten – müssen

die Parameter für die Transformation des Ernährungssystems sein. Ein Ernährungssystem, das nicht in den Menschenrechten verankert ist, wird genauso schädlich sein wie das gegenwärtig vorherrschende Modell der Nahrungsmittelproduktion“, so Tina Wirnsberger, Projektkoordinatorin für Kleinbäuer*innenrechte bei FIAN Österreich.

Es steht viel auf dem Spiel. Die Ergebnisse der aktuellen Verhandlungen werden langfristige Auswirkungen haben und mitentscheiden, wie wir auf externe Schocks, Konflikte oder Krisen – wie z.B. auf COVID – reagieren können. Die Mitgliedstaaten des CFS müssen in dieser historischen Phase mutig sein, auf die Forderungen der Menschen hören und die dringende Transformation der Ernährungssysteme in Angriff nehmen, die die Menschen und unser Planet dringend brauchen.

Rückfragen: lukas.schmidt@fian.at

Weitere Informationen und Videos: [Zivilgesellschaftliche Perspektiven auf Ernährungssysteme](#)

PA: Folter und Repression in Folge der Proteste vom November 2019 im Iran – Neuer

Bericht

Sperrfrist: 2. September 2020, 01.01 Uhr MESZ (frei für Mittwochausgaben)

Amnesty International berichtet von weit verbreiteter Folter, hunderten unfairen Gerichtsverfahren aufgrund haltloser Anklagen wegen Verstößen gegen die nationale Sicherheit und Todesurteilen nach unter Folter erpressten „Geständnissen“.

London / Wien, am 2. September 2020 – Im Iran haben Polizei, Geheimdienst, andere Sicherheitskräfte und Gefängnisbedienstete schockierende Menschenrechtsverletzungen an Gefangenen verübt, die im Zusammenhang mit den landesweiten Protesten im November 2019 festgenommen wurden. Gedeckt wurden diese Taten von Richter*innen und Vertreter*innen der Staatsanwaltschaft. Zu den in einem neuen Bericht von Amnesty International dokumentierten Menschenrechtsverletzungen zählen willkürliche Inhaftierungen, Verschwindenlassen sowie Folter und andere Misshandlungen.

[Der Bericht Trampling humanity: Mass arrests, disappearances and torture since Iran's 2019 November protests](#) enthält erschütternde Berichte von Dutzenden Protestierenden, Passant*innen und anderen Menschen. Sie berichteten, dass sie unter Einsatz von Gewalt festgenommen wurden, dem Verschwindenlassen zum Opfer fielen oder ihnen jeglicher Kontakt zur Außenwelt verwehrt wurde. Auch wurde ihnen während der Verhöre die Anwesenheit von Rechtsbeiständen systematisch verweigert und sie wurden immer wieder gefoltert, um „Geständnisse“ von ihnen zu erpressen. Diese Gefangenen gehören zu den 7.000 Männern, Frauen und Kindern, die im Kontext der brutalen Unterdrückung der Proteste vom November 2019 festgenommen wurden. Amnesty International liegen zudem die Namen und weitere Informationen von mehr als 500 Protestierenden und anderen Personen vor, darunter Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen, die im

Zusammenhang mit den Protesten unfairen Verfahren ausgesetzt waren.

Amnesty International hat umfassende Interviews mit 60 Betroffenen von willkürlicher Festnahme, Verschwindenlassen, Folter und anderen Misshandlungen bzw. deren Verwandten oder engen Bekannten geführt, zudem mit zwei Protestierenden, die sich versteckt halten, und 14 weiteren Personen, die Kenntnisse über das Geschehen hatten. Außerdem lagen Amnesty schriftliche Stellungnahmen von mehreren Hundert Menschen im Iran, sowie die Analyse von Videoaufnahmen, Stellungnahmen der Behörden und Gerichtsunterlagen vor.

In allen von Amnesty International dokumentierten Fällen berichteten die Betroffenen von verschiedenen Formen psychologischer Folter zur Erzwingung von „Geständnissen“, darunter erniedrigende Beleidigungen und Obszönitäten, die Einschüchterung und Drangsalierung von Familienangehörigen, Drohungen, Verwandte – einschließlich der betagten Eltern oder Geschwister – zu inhaftieren, zu foltern, zu töten oder ihnen anderweitig Schaden zuzufügen und die Androhung von Vergewaltigung der Gefangenen selbst oder deren weiblicher Angehöriger.

Zu den Betroffenen gehörten sogar zehnjährige Kinder und verletzte Protestierende und Passant*innen, die in Krankenhäusern festgenommen wurden, wo sie gerade ihre Schussverletzungen behandeln lassen wollten. Betroffen waren auch Menschenrechtsverteidiger*innen, Journalist*innen und Personen, die an Gedenkveranstaltungen für bei den Protesten Getötete teilgenommen hatten.

Seitdem sind Hunderte Menschen nach in höchstem Maße unfairen Prozessen zu Haft- und Prügelstrafen und mehrere zum Tode verurteilt worden. Die Verfahren fanden unter Ausschluss der Öffentlichkeit und dem Vorsitz von voreingegenommenen Richter*innen statt, oft dauerten sie nicht einmal eine Stunde und basierten in den meisten Fällen auf durch Folter erlangten

„Geständnissen“.

„In den Tagen nach den Massenprotesten war die Welt über Videoaufnahmen schockiert, die zeigten, wie Irans Sicherheitskräfte vorsätzlich unbewaffnete Protestierende und Passanten töteten oder verletzten. Viel weniger sichtbar war die Liste der Grausamkeiten, denen die iranischen Behörden Gefangene und deren Familien hinter verschlossenen Türen aussetzen“, erklärt Diana Eltahawy, stellvertretende Direktorin für die Region Naher Osten und Nordafrika bei Amnesty International.

„Anstatt die Vorwürfe über Fälle von Verschwindenlassen, Folter und andere Misshandlungen und weitere Menschenrechtsverletzungen gegen Gefangene zu untersuchen, haben sich Angehörige der iranischen Staatsanwaltschaft an der Kampagne der Unterdrückung beteiligt. Sie erhoben Anklagen wegen Verstößen gegen die nationale Sicherheit gegen Hunderte Personen erhoben, die lediglich ihre Rechte auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wahrgenommen hatten. Richter*innen fällten Schuldsprüche auf Grundlage unter Folter erpresster „Geständnisse“ fällten. Diese lange Reihe an Verbrechen und Verstößen, die in uneingeschränkter Straflosigkeit begangen werden konnten, wurden von zahlreichen im Fernsehen gezeigten Propaganda-Videos von „Geständnissen“ und grotesken Stellungnahmen hochrangiger Behördenvertreter*innen begleitet, die den Geheimdienst und die Sicherheitskräfte für ihre Rolle beim brutalen Vorgehen gegen die Proteste lobten.“

Die Haftstrafen gegen die Verurteilten lagen zwischen einem Monat und zehn Jahren. Die Schuldsprüche bezogen sich auf vage und fadenscheinige Anklagepunkte, darunter „Versammlung und Vereinbarung von Straftaten gegen die nationale Sicherheit“, „Verbreitung von Propaganda gegen das System“, „Störung der öffentlichen Ordnung“ oder „Beleidigung des Obersten Religionsführers“. Mindestens drei Angeklagte, Amirhossein Moradi, Mohammad Rajabi und Saeed Tamjidi, wurden wegen

„Feindschaft zu Gott“ (moharebeh) durch Vandalismustaten zum Tode verurteilt. Einem weiteren Angeklagten, Hossein Reyhani, droht ein Gerichtsverfahren auf der Grundlage von Anklagen, die ebenfalls mit dem Tod bestraft werden können.

Die Recherchen von Amnesty International haben ergeben, dass viele Inhaftierte über Wochen oder sogar Monate „verschwunden“ waren, während sie in geheimen Einrichtungen der Sicherheitskräfte oder der Geheimdienste, einschließlich des Geheimdienstministeriums und der Revolutionsgarden, festgehalten wurden. Andere Gefangene waren in überbelegten Gefängnissen oder Polizeiwachen, Militärcasernen, Sportstätten oder Schulen inhaftiert.

Besorgte Familienangehörige erzählten Amnesty International, dass sie sich in Spitälern, Leichenschauhäusern, auf Polizeiwachen, bei der Staatsanwaltschaft und Gerichten sowie Gefängnissen und anderen Hafteinrichtungen nach ihren vermissten Verwandten erkundigten. Die Behörden hätten sich allerdings geweigert, ihnen Informationen über das Schicksal oder den Verbleib ihrer Angehörigen zu geben. Stattdessen habe man ihnen gedroht, sie festzunehmen, falls sie sich weiter erkundigten oder die Fälle öffentlich machten.

Amnesty International fordert die Mitgliedstaaten des UN-Menschenrechtsrats auf, gegen die anhaltende systematische Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen im Iran vorzugehen. Dazu gehört auch die Unterstützung einer von den UN geleiteten Untersuchung, um sicherzustellen, dass die Verantwortlichen ermittelt und vor Gericht gestellt werden und sich solche Taten nicht wiederholen.

Rückfragen und Interviewvereinbarungen:

Presseteam **Amnesty International Österreich**

Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien

Martina Powell / Gesine Schmidt-Schmiedbauer

+43 664 2359138 / +43 664 4001056

E-Mail: presse@amnesty.at